

Pressemitteilung

Istanbul-Konvention im Focus der Öffentlichkeit

Die Türkei hat Ihren Austritt aus der Istanbul-Konvention verkündet und macht somit deutlich, dass sie die Rechte der Frauen auf ein gewaltfreies Leben mit Füßen tritt. Die Istanbul-Konvention ist ein wirkmächtiges, umfangreiches, mit höchster Expertise konstruiertes Instrument zur Prävention, Dokumentation und Abschaffung von Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen. Dies ist so nicht hinnehmbar in einem Land wie Deutschland, in der die Istanbul-Konvention geltendes Recht ist. Hier muss Solidarität mit den Frauen in der Türkei und anderen Staaten, die um ihre Menschenrechte auf ein gewaltfreies Leben kämpfen, gesellschaftliche und politische Pflicht sein.

Auch in Deutschland ist die Istanbul-Konvention zurzeit wieder in der Öffentlichkeit Thema.

Am 18. März wurde der Alternativbericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention veröffentlicht. In Deutschland ist die Konvention seit Februar 2018 in Kraft und im Bericht wird festgestellt, dass es noch erheblichen Bedarf bei der konsequenten Umsetzung hierzulande gibt. Auch drei Jahre nach Inkrafttreten des Übereinkommens fehlten in Deutschland eine ressortübergreifende Gesamtstrategie, handlungsfähige Institutionen und die notwendigen Ressourcen, um das Recht aller Frauen und Mädchen auf ein gewaltfreies Leben umzusetzen, so das Hauptergebnis des Berichtes. In dem fast 200 Seiten starken Bericht werden die notwendigen Schritte zur Umsetzung aufgezeigt und auf die bestehenden gravierenden Lücken hingewiesen.

Auch im Saarland wurde das Thema letzte Woche aufgegriffen.

Der Frauennotruf Saarland, das Frauenbüro der Landeshauptstadt, der deutsche Ärztinnenbund und der Frauenrat Saarland e.V. hatten unter der Schirmherrschaft von Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans zu einer

gemeinsamen Veranstaltung Thema „**Istanbul-Konvention – Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt im Saarland**“ eingeladen.

Unter großer Beteiligung mit bundesweiten Zuschaltungen hat die Veranstaltung ein breites Publikum begeistert.

Erklärtes Ziel am Ende der Veranstaltung: „Wir wollen die Istanbul-Konvention im Saarland konsequent umsetzen und alle Kräfte in einer Koordinierungsstelle bündeln. Die Verhütung und die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen müssen von der saarländischen Landesregierung als Querschnittaufgabe begriffen und vorangetrieben werden“ so die einhellige Meinung auf dem Podium.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und ist abrufbar unter:
<https://www.youtube.com/embed/J98Xk5enSu0>

Weitere Informationen zum Thema:

Bündnis Istanbul-Konvention: <https://www.buendnis-istanbul-konvention.de>

Istanbul-Konvention:
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/verhuetung-und-bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen-und-haeuslicher-gewalt-122282>

V.i.S.d.P.: Antonia Schneider-Kerle, Frauennotruf Saarland, Tel. 0681-3 67 67,
info@frauennotruf-saarland.de

Lisa Weber, Frauenrat Saarland e. V., info@frauenrat-saarland.de,
Tel. 0681-98802161